

## Warum „Zukunftsfähiges Deutschland“?

## Warum „Zukunftsfähiges Deutschland“?

*„Wo kämen wir hin, wenn alle sagten, wo kämen wir hin und niemand ginge, um einmal zu schauen, wohin man käme, wenn man ginge.“*

*Kurt Marti. Schweizer Theologe und Schriftsteller*

Auf Öko-Strom umstellen, Energiesparlampen einschrauben, Heizkosten sparen, das Auto auch mal stehen lassen, bewusst bio und fair konsumieren – tausend Vorschläge, die Umwelt zu schonen und einen Beitrag zur Bekämpfung der Armut zu leisten. Jeder weiß wie es geht, alle sind dafür – und doch, wie auf wunderbare Weise, hören wir täglich, dass der Klimawandel sich weiter beschleunigt, der Verlust der biologischen Vielfalt rasant zunimmt, die Rohstoffe in absehbarer Zeit zur Neige gehen und der Durchbruch in Sachen weltweiter Armutsbekämpfung auf sich warten lässt.

Zeit zum Umsteuern, ein Kurswechsel muss her, so wird allenthalben gemahnt. Meistens sind es jedoch die anderen, die zum Handeln aufgefordert werden. Die Bürger mahnen die Politik, endlich durchzugreifen und gesetzgeberisch tätig zu werden, die Wirtschaft erklärt, sich an nichts anderem zu orientieren als an den Bedürfnissen des mündigen Verbrauchers und souveränen Konsumenten, und dieser wiederum verweist darauf, dass der Einzelne ja ohnehin wenig ausrichten kann.

### **Nachhaltigkeit – was ist das?**

1713 war es, als der kursächsische Oberberghauptmann Hans Carl von Carlowitz im deutschen Sprachraum den Begriff der Nachhaltigkeit prägte. Die Waldbestände in Mitteleuropa waren nahezu abgeholzt, Holz wurde unter anderem zum Bau von Bergwerken und als Brennholz benötigt. Die Holznot griff um sich, und Carlowitz machte darauf aufmerksam, dass nur so viele Bäume gefällt werden dürfen, wie auch nachwachsen, damit es eine „beständige und *nachhaltende* Nutzung“ gebe.

Der Grundgedanke, dass wir mit Übernutzung den Ast absägen, auf dem wir sitzen, fand Eingang in die Arbeit der Vereinten Nationen. Dort wurde definiert, dass eine Entwicklung dann nachhaltig ist, wenn die Bedürfnisse der jetzigen Generation befriedigt werden, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. In der Erklärung von Rio, dem von über 180 Staats- und Regierungschefs verabschiedeten Abschlussdokument der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung aus dem Jahre 1992, heißt es ganz ähnlich: „Das Recht auf Entwicklung muss so erfüllt werden, dass den Entwicklungs- und Umweltbedürfnissen heutiger und künftiger Generationen in gerechter Weise entsprochen wird.“

### **Der Druck wächst**

So, oder zumindest so ähnlich, dreht man sich im Kreise. Dabei könnte man weiter sein. Immerhin gibt es bereits einen Begriff für das Unterfangen, dessen Notwendigkeit weithin unstrittig ist: Nachhaltige oder Zukunftsfähige Entwicklung. Und, nicht zu vergessen, alle geben sich Mühe: Kaum ein Unternehmen, das nicht einen Umwelt- oder Nachhaltigkeitsbericht herausgibt und entsprechende Managementsysteme eingeführt hat, die Bundesregierung hat eine Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet und den „Rat für nachhaltige Entwicklung“ einberufen, der an der Umsetzung der Strategie mitarbeitet. Rückenwind gibt es auch von den Vereinten Nationen, die die Jahre 2005 bis 2014 zur Dekade der Bildung für nachhaltige Entwicklung ausgerufen haben.

Mehr noch: Al Gore gewinnt mit seinem Film „Eine unbequeme Wahrheit“ einen Oscar und zusammen mit dem Weltklimarat (IPCC), einem Gremium der Vereinten Nationen, in dem die wichtigen Klimaforscher vertreten sind, den Friedensnobelpreis 2007. Derweil steigt der Absatz von umweltgerecht hergestellten und fair gehandelten Produkten und der Anteil erneuerbarer Energien bei der Stromproduktion liegt in Deutschland inzwischen bei 17 %. Die „Bild“-Zeitung nimmt sich des Klimaschutzes an, Hollywoodstars fahren Hybridautos und kümmern sich um arme Kinder in Entwicklungsländern, kurzum: Nachhaltigkeit ist angesagt – zumindest, wenn sie nicht stört, in die gewohnte Lebensform passt und nicht an den etablierten Wirtschaftsstrukturen kratzt.

Dabei ist die Welt nicht nachhaltig. Fast eine Milliarde Menschen hungern, seit dem Jahr 2000 ist die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre vier Mal schneller gestiegen als im Jahrzehnt davor. Und die Dringlichkeit für drastische Maßnahmen wächst. Wenn in den nächsten zehn bis 15 Jahren die Trendwende zu konsequentem Klimaschutz und der

*„Der Klimawandel ruft nach einem Zivilisationswandel. Der Übergang zu einer post-fossilen Zivilisation wird das bestimmende Vorhaben dieses Jahrhunderts sein - vor allem für die Industriegesellschaften.“*  
Zukunftsfähiges Deutschland, S. 25

Ausstieg aus der fossilen Energiegewinnung nicht gelingen sollten, werden die Folgen des Klimawandels katastrophal sein, sagt der IPCC. Bereits heute zerstört der Klimawandel Lebensräume, er kostet Menschenleben und untergräbt Entwicklungsmöglichkeiten.

Aber die Widerstände für konsequenten Klimaschutz sind riesig, weil die notwendigen Maßnahmen die Fundamente unseres Wirtschaftssystems betreffen, weil mächtige Akteure Sorge haben, Einfluss, Macht und Geld zu verlieren, und weil die Mehrheit der Verbraucher zumindest im Kern auf lieb Gewordenes nicht verzichten möchte. So bleibt es allzu oft bei folgenlosen politischen Absichtserklärungen und symbolischen Maßnahmen, die mehr dem öffentlichen Image dienen als tatsächlich etwas ändern. Statt Klimaschutz aktiv umzusetzen, strahlen die Heizpilze vor immer mehr Restaurants, werden neue Kohlekraftwerke gebaut, Flughäfen ausgebaut, Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Autobahnen nicht durchgesetzt und Nachtspeicherheizungen nicht verboten.

Indes kann man mit Blick auf den Klimaschutz möglicherweise von einem glücklichen Umstand sprechen, dass die knapper werdenden fossilen Ressourcen und damit der direkte ökonomische Druck zum Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter zwingen. So gewinnen Niedrigenergiehäuser, Solaranlagen und spritsparende Autos schon aus Kostengründen an Attraktivität. Allerdings führt die Verknappung der Ressourcen im nationalen und darüber hinaus auch im weltweiten Maßstab zu wachsender Ungerechtigkeit, weil die Ärmere unter den steigenden Preisen am meisten leiden. Sie müssen von ihrem Budget ungleich mehr ausgeben, zum Beispiel für Nahrung oder Energie, um ihre Grundbedürfnisse zu decken als Reichere, sie verfügen nicht über die entsprechenden Mittel, um in Ressourceneinsparung (zum Beispiel Wärmedämmung) zu investieren, sie bleiben aufgrund fehlender Macht bei der Verteilung außen vor. Die Gefahr sich verschärfender Konflikte um die Verteilung der knappen Güter wächst, worunter auch die Ärmere am meisten zu leiden haben.

Dass die Zahl derjenigen wächst, die um Zugang zu den knapper werdenden Gütern ringen, vereinfacht nicht eine Lösung. Das rasante Wirtschaftswachstum in Schwellenländern wie Brasilien, China und Indien geht mit einem scharf ansteigenden Bedarf an Energie und Rohstoffen

einher. Einige Zahlen aus China verdeutlichen diese Entwicklung: zwischen 2000 und 2005 stieg die Zahl der Autos von vier auf 26 Millionen, alle sechs Tage wird ein neues Kohlekraftwerk gebaut, das Reich der Mitte ist bereits heute der weltweit größte Emittent an CO<sub>2</sub>. Allerdings: den 1,2 Autos pro 100 Einwohner in China stehen in den Industrienationen 50 Autos gegenüber, in China werden vier Tonnen CO<sub>2</sub>/Kopf und Jahr emittiert, in Deutschland ist es mit zehn Tonnen das Zweieinhalbfache.

Mit welchem Recht also sollen die Menschen in den Industrienationen den Chinesen das Autofahren verbieten oder überhaupt CO<sub>2</sub> zu emittieren? Hat nicht jeder Mensch auf der Welt das gleiche Recht, die natürlichen Ressourcen für ein gutes Leben zu nutzen?

### **Anders – Besser - Weniger**

Tatsächlich wird dies kaum jemand ernsthaft mit einem Nein beantworten können. Von daher stellt sich die Frage nach Gerechtigkeit neu, im nationalen wie im globalen Maßstab. Es geht darum, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und die knapper werdenden Ressourcen gerecht zu verteilen. Dies verlangt, Armut zu überwinden. Armut überwinden heißt mehr als nur das Teilen von Gütern, es heißt vor allem auch das Teilen von Macht: Alle Menschen haben nicht nur das gleiche Recht, die Ressourcen der Erde für sich zu nutzen, sie haben auch das gleiche Recht, darüber zu entscheiden, was eine gerechte Nutzung ist und wie diese aussehen soll.

*„Armut rührt nicht von einem Defizit an Geld, sondern von einem Defizit an Macht. Arme sind nicht in erster Linie Opfer, sondern verhinderte Akteure. Weit davon entfernt, nur Bedürftige zu sein, die auf Versorgung warten, sind sie viel eher Bürger, die ohne Rechte, ohne Habe, ohne Besitztitel und ohne politischen Einfluss ihr Leben fristen müssen.“*  
Zukunftsfähiges Deutschland, S. 193

Für Deutschland, für die Menschen, die hier wohnen, ist dies wahrlich eine Herausforderung. Der Exportweltmeister, der nach wie vor einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat anstrebt, dessen gewichtige Stimme in der Europäischen Union, beim Internationalen Währungsfonds und in der Welthandelsorganisation Gehör findet, der soll seine Macht nun mit den Armen, mit den Entwicklungsländern teilen?

So unglaublich dieser Gedanke für viele anmuten mag – tatsächlich führt an ihm kein Weg vorbei. Dafür sprechen nicht nur die moralischen und ethischen Gründe, die auch auf dem christlichen Glauben beruhen: das Gebot der Liebe, das Teilen mit dem fernen Nächsten, die Bewahrung von Gottes Schöpfung. Hinzu kommt schlicht das Phänomen der Knappheit und der Übernutzung der Atmosphäre. Es ist nicht genug vorhanden, damit alle Menschen auf der Welt so leben könnten, wie wir leben und die Atmosphäre kann nicht weiter so viele CO<sub>2</sub> Emissionen aufnehmen, ohne dass es uns alle trifft. Aber es ist trotzdem genug für alle da – wenn alle anders leben.

#### **Der ökologische Fußabdruck**

Ein eingängiges Maß für die nachhaltige Nutzung der Umwelt ist der „ökologische Fußabdruck“. Mit ihm kann der individuelle Umweltverbrauch berechnet werden, das heißt, wie viel Energie, Rohstoffe, Boden und Fläche jeder Einzelne mit seinen Lebensgewohnheiten verbraucht. So steckt in jedem Glas Orangensaft nicht nur der Fruchtsaft,

sondern auch das Wasser für die Obstplantagen, der Boden, auf dem die Orangenbäume wachsen, die Energie für Transport, Kühlung, Verpackung etc.

Der „ökologische Fußabdruck“ bringt es ans Licht: Unser Umweltverbrauch geht über ein nachhaltiges Maß hinaus. Indem wir in Deutschland Ressourcen übernutzen, rauben wir anderen Menschen und künftigen Generationen Entwicklungsmöglichkeiten und die Grundlagen für ein gutes Leben. Wenn alle Menschen so viel Energie und Rohstoffe verbrauchen würden wie wir in Deutschland, würde diese Erde nicht genügen, wir bräuchten stattdessen vier Planeten. Wir haben jedoch nur einen. Deshalb verbindet das Leitbild der Nachhaltigkeit die Bewahrung der Schöpfung mit der Gerechtigkeit.

Dass an dieser Erkenntnis kein Weg vorbei führt, ist inzwischen in alle gesellschaftlichen Bereiche eingesickert. Man ahnt, dass es nicht weiter gehen kann, wie es bislang immer gegangen ist. Das Prinzip des „Schneller – Höher – Weiter“ muss einem „Anders – Besser – Weniger“ weichen. Mit dem „Anders“ und „Besser“ sind wir etwa mit Erneuerbaren Energien und effizienten Geräten bereits auf einem guten Weg. Das „Weniger“ bereitet jedoch Sorgen. Es bedeutet Verzicht, und Verzicht ist nicht attraktiv.

Dabei findet Verzicht bereits statt, auch bei uns. Die hohen Energiepreise des Jahres 2007 und zu Beginn des Jahres 2008 ließen bereits den Absatz für Energiesparlampen und Zeitschaltuhren steigen und den Verbrauch an Benzin, Diesel und Heizöl sinken. Gleichzeitig führten diese gestiegenen Preise jedoch zu sozialen Verwerfungen. Zum einen trafen sie sozial Schwache am härtesten, zum anderen hatten sie zur Folge, dass vermehrt Flächen für Agroenergie genutzt wurden, was dann wiederum zum Anstieg von Nahrungsmittelpreisen und zu weiteren sozialen und ökologischen Verwerfungen führte.

Um allen Menschen eine gerechte Teilhabe an der Nutzung der zur Verfügung stehenden Ressourcen zu ermöglichen, kommen wir in den Industrieländern nicht umhin, drastisch weniger zu verbrauchen. Verzicht wird damit nicht zu einer Option unter vielen, zu einer Angelegenheit, die man getrost ethisch konsequent lebenden Menschen überlassen kann. Verzicht wird zu einer Notwendigkeit für die gesamte Gesellschaft, der sich kaum jemand wird entziehen können, wenn ein gedeihliches Zusammenleben aufrechterhalten werden soll.

Dabei gilt zum einen: je früher, je besser. Solange Handlungsspielräume noch vorhanden sind, wird die Anpassung an das Unausweichliche weniger schmerzhaft sein, werden mehrere Lösungsoptionen möglich sein. Zum anderen gilt: Die Rahmenbedingungen aktiv gestalten, ist besser als passiv abzuwarten, dass sich eine Lösung schon irgendwie ergeben wird. Dies würde bedeuten, die Lösung alleine dem Markt zu überlassen. Die Verteilung zunehmend knapper werdender Güter und Dienstleistungen würde so über den Preis geregelt. Auto fahren, Mobilität überhaupt, wäre alleine eine Sache des Geldbeutels – und wer kein Geld hat, bleibt halt zu Hause. Oder friert. Die Verteilung des Mangels alleine über den Markt, das heißt über höhere Preise, ist sozial ungerecht und, wenn das Gegensteuern zu spät erfolgt, auch ökologisch verheerend.

*„(Der Markt) ist blind für die Sache der Ökologie wie auch der Gerechtigkeit. Deshalb ist es im weiten Sinne die Politik, welche dafür die Regeln zu setzen hat. Gemeinwohl vor Markt, anders geht es gar nicht, um ökologischen Leitplanken und fairer Teilhabe gegenüber dem Ziel der Wettbewerbsfähigkeit Geltung zu verschaffen.“*

Zukunftsfähiges Deutschland, S.27

## Anstoß zur Debatte

Wie könnte aber eine andere, an die Notwendigkeiten angepasste, kurzum: zukunftsfähige Gesellschaft aussehen? Was müsste passieren, damit Deutschland zukunftsfähig wird. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und die evangelischen Entwicklungsorganisationen "Brot für die Welt" und Evangelischer Entwicklungsdienst (EED) haben sich zusammengesetzt, um eine Debatte über diese Fragen anzustoßen. Grundlage dafür ist die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland", die vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie erarbeitet wurde.

### Die Studie

- konkretisiert, was Nachhaltigkeit in einem Industrieland mit internationaler Verantwortung bedeutet;
- diskutiert, wie Deutschland die Herausforderungen der Globalisierung kreativ bewältigen kann, wie Politik und Gesellschaft zukunftsfähig werden können;
- benennt Wege und Instrumente, die notwendig sind, um die Wende zu einer nachhaltigen Entwicklung zu erreichen;
- skizziert die Vision einer weltweiten und Generationen übergreifenden Gerechtigkeit und macht Mut, in dieser Perspektive zu handeln.

## Worum es geht

Die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Kampf gegen die weltweite Armut sind die zentralen Herausforderungen unserer Zeit.

Die Begrenztheit der Ressourcen und die Tragfähigkeit der Ökosysteme bilden die Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums. Da die Menschheit in dieser Hinsicht ihr Konto bereits überzogen hat, muss der Ressourcenverbrauch insgesamt zurückgefahren werden. Dies gilt in analoger Weise für die Emission von CO<sub>2</sub> und anderen Klimakillern.

Gleichzeitig ist die Ressourcennutzung innerhalb vieler Gesellschaften wie auch zwischen den Nationen sehr ungleich verteilt. Die meisten Menschen in Deutschland verbrauchen erheblich zuviel, während anderen das Recht zustehen würde, mehr zu verbrauchen.

Ein Wirtschaftswachstum in Deutschland, das weiterhin auf steigenden Ressourcenverbrauch und niedrige soziale Standards vor allem in anderen Teilen der Welt setzt, ist nicht zukunftsfähig. Wachstumspfade, die mehr Kosten als Nutzen verursachen, müssen aufgegeben werden. Das gilt vor allem für solche, die auf fossilen Energien beruhen. Sie verursachen den Klimawandel und richten damit verheerende Schäden an. Wachsen sollen hingegen solche Sektoren, die zukunftsfähig sind, etwa Erneuerbare Energien. Nichtsdestoweniger: Unter dem Strich heißt dies für Industrieländer, dass die Tage des ungebrochenen Bekenntnisses zur Notwendigkeit wirtschaftlichen Wachstums gezählt sind. Statt einer Ökonomie des Mehr benötigen wir eine Ökonomie des Genug.

Für jeden Einzelnen bedeutet dies, mit Rücksicht auf die Mitmenschen, auf künftige Generationen und die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, achtsamer zu leben: Der individuelle Energieverbrauch muss auf das notwendige Maß reduziert werden, Produkte wie T-Shirts oder Teppiche, die deshalb billig sind, weil sie aus Kinderarbeit oder ausbeuterischer Arbeit

stammen, sind tabu. Sie gehören gar nicht erst auf den Markt oder müssen durch entsprechende Abgaben ihre Wettbewerbsvorteile verlieren. Dies durchzusetzen, liegt jedoch nicht allein in der Verantwortung des Einzelnen oder des Marktes. Vielmehr ist die Politik aufgefordert, Regeln zu setzen, die ein sozial und ökologisch gerechtes Wirtschaften unterstützen. Inseln des Wohlstands werden auf Dauer in einem Meer des Elends nicht überleben können – und auch die Umwelt- und Knappheitsprobleme des Nordens werden durch eine weitere Verlagerung der sozialen und ökologischen Kosten nur verschärft. Eine Entwicklung, die vor allem durch die Verbrennung fossiler Energien angetrieben wird, ist an ihr physisches Ende gekommen.

Dies bedeutet auch, politische und gesellschaftliche Strukturen zu hinterfragen. Wenn alle Menschen gleiche Rechte haben, so bezieht sich das nicht nur auf Menschen aus Industrie- und Entwicklungsländern, sondern auch auf Frauen und Männer, auf die verschiedenen Generationen, auf Migrantinnen und Migranten. Die politische Teilhabe der Menschen muss verbessert werden, die familiäre Sorgearbeit und ehrenamtliches Engagement müssen gegenüber der Erwerbsarbeit aufgewertet werden. Und die vorhandene Erwerbsarbeit muss den tatsächlichen Erfordernissen angepasst und gerecht verteilt werden. Auf dem Prüfstand steht eine Ordnung, in der die einen ständig überlastet und die anderen arbeitslos sind. Eine „kurze Vollzeit für alle“ wäre in der Perspektive für ein zukunftsfähiges Wirtschaften, d.h. eine 30-Stunden-Woche bei gleichzeitiger Absicherung der Grundbedürfnisse und der sozialen Risiken durch staatlich organisierte Umverteilung.

Zukunftsfähigkeit bedeutet also mehr als nur ein bisschen Umweltschutz. Es bedeutet, sich den globalen Herausforderungen Armut, Ressourcenknappheit und Umweltzerstörung zu stellen. Die Antwort besteht darin, anzuerkennen, dass allen Menschen im Rahmen der ökologischen Grenzen unseres Planeten dieselben Nutzungsrechte an den Ressourcen der Erde zustehen. Und das heißt für uns in erster Linie: Weniger zu verbrauchen. Uns, den heute Lebenden, ist die Bewahrung der Schöpfung in verantwortlicher Treuhandschaft für die künftigen Generationen anvertraut. Wir sind alle nur Gäste auf Erden, und gleichzeitig gibt es ein Gastrecht für alle.

*Es hilft dann und wann zurückzutreten  
und die Dinge aus der Entfernung zu betrachten.  
Das Reich Gottes ist nicht nur jenseits unserer Bemühungen.  
Es ist auch jenseits unseres Sehvermögens.  
Wir vollbringen in unserer Lebenszeit  
lediglich einen winzigen Bruchteil jenes großartigen Unternehmens,  
das Gottes Werk ist.  
Nichts, was wir tun, ist vollkommen.  
Dies ist eine andere Weise zu sagen,  
dass das Reich Gottes über uns hinausgeht.  
Kein Vortrag sagt alles, was gesagt werden könnte.  
Kein Gebet drückt vollständig unseren Glauben aus.  
Kein Programm führt die Sendung der Kirche zu Ende.  
Keine Zielsetzung beinhaltet alles und jedes.  
Dies ist unsere Situation.  
Wir bringen das Saatgut in die Erde,*

*das eines Tages aufbrechen und wachsen wird.  
Wir begießen die Keime, die schon gepflanzt sind in der Gewissheit,  
dass sie eine weitere Verheißung in sich bergen.  
Wir bauen Fundamente, die auf weiteren Ausbau angelegt sind.  
Wir können nicht alles tun.  
Es ist ein befreiendes Gefühl, wenn uns dies zu Bewusstsein kommt.  
Es macht uns fähig, etwas zu tun und es sehr gut zu tun.  
Es mag unvollkommen sein, aber es ist ein Beginn,  
ein Schritt auf dem Weg,  
eine Gelegenheit für Gottes Gnade, ins Spiel zu kommen und den Rest zu tun.  
Wir mögen nie das Endergebnis zu sehen bekommen,  
doch das ist der Unterschied zwischen Baumeister und Arbeiter.  
Wir sind Arbeiter, keine Baumeister.  
Wir sind Diener, keine Erlöser.  
Wir sind Propheten einer Zukunft, die uns nicht allein gehört.*

*Oscar A. Romero*